

DEMOKRATISCHE HANDELSPOLITIK STATT „REGULATORISCHE KOOPERATION“



? WAS IST REGULATORISCHE KOOPERATION?

Handelsabkommen wie „TTIP“, „CETA“ oder „JEFTA“ zielen darauf ab, sogenannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ zu beseitigen. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Vorgaben über Produktionsprozesse und Produktstandards, Arbeitsschutz oder erlaubte Inhaltsstoffe. Ein Mechanismus hierfür ist die regulatorische Kooperation.

Dabei werden Standards nicht erst im Nachhinein angeglichen oder harmonisiert. Stattdessen sollen sich Handelsministerien und Lobbygruppen noch vor demokratisch gewählten Abgeordneten über geplante Regulierungsvorhaben informieren dürfen. Das gibt ihnen die Möglichkeit, diese Vorhaben den eigenen Vorstellungen gemäß mitzugestalten, zu schwächen oder zu verzögern. Selbst bestehende Regulierungen lassen sich unter dem Vorwand, sie seien ineffizient und behinderten Handelsströme, attackieren und aushebeln. Spätestens seit den europaweiten Protesten gegen TTIP und CETA ist regulatorische Kooperation Gegenstand scharfer Kritik.

! ZEMENTIERUNG VON KONZERNEINFLUSS

Bisher bestimmen gewählte Abgeordnete auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene über Gesetze. Mit Hilfe der regulatorischen Kooperation können Beamt:innen in nicht-öffentlichen Gremien mit Lobbyist:innen darüber entscheiden, welche Gesetzesvorhaben es in die parlamentarische Diskussion schaffen – und welche nicht. Die Filterfunktion eines solchen „Notice-and-comment“-Mechanismus, wie er in den USA üblich ist, birgt große Gefahren. Er bevorzugt systematisch Gruppen, die über die notwendigen Ressourcen verfügen um ihre Interessen lautstark zu vertreten.

Das lehrt das Beispiel „NAFTA“. Dieses Handelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko etablierte eine Arbeitsgruppe zur Risikobewertung von Chemikalien. Die Zusammensetzung war alles andere als ausgewogen: Zwanzig Vertreter:innen aus Industrie und Wirtschaft standen lediglich drei Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen gegenüber.

! GEFAHREN FÜR VERBRAUCHER:INNEN UND KLIMASCHUTZ

Befürworter:innen aus Industrie und der EU-Kommission behaupten, regulatorische Kooperation werde keine Standards zulasten der Bürger:innen absenken. Doch Erfahrungen aus der Vergangenheit deuten genau darauf hin. So nutzten europäische und amerikanische Tech-Konzerne ähnliche Konsultationen, um eine geplante Verordnung über hochgiftigen Elektroschrott erheblich zu verzögern. Das Gleiche geschah in der Diskussion um Ozon abbauende Kältemittel und bei der Bepreisung von Kohlenstoffemissionen für die Luftfahrtindustrie. Letztere trat nach erheblichen Lobbyanstrengungen erst Jahre später in Kraft.

In diesen Fällen hatte die Politik Konzern- und Industrievertreter:innen noch freiwillig hinzugezogen. Mit der regulatorischen Kooperation wäre sie dazu vertraglich verpflichtet. Das eröffnet Lobbyist:innen nicht nur ein neues Einfallstor zu politischen Entscheidungen. Sie erhalten obendrein die Möglichkeit, ihre Anstrengungen über verschiedene Märkte und Ländergrenzen hinweg zu koordinieren.

! SCHLEICHENDE GLOBALE AUSBREITUNG

In den letzten Jahren wurde regulatorische Kooperation in zahlreichen Handelsverträgen verankert: in CETA zwischen der EU und Kanada, JEFTA zwischen Japan und der EU, und im nordamerikanischen Handelsabkommen USMCA zwischen USA, Kanada und Mexiko. In den aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und den USA bildet der Mechanismus neben der Beseitigung von Industriezöllen den zentralen Gesprächsgegenstand.

Vor allem die europäische Seite setzt große Hoffnung in eine gemeinsame „transatlantische Agenda“ über regulatorische Kooperation. Umfassende Handelserleichterungen sollen die USA im schwelenden Tarifstreit milde stimmen. Umwelt- oder Verbraucherschutz hingegen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Für uns steht fest: Die Folgen dieser Form der „Zusammenarbeit“ reichen weit über den Handel hinaus und berühren viele Lebensbereiche der europäischen Bürger:innen. →

Lobbygruppen sollten kein Instrument erhalten, das die Interessen von Wirtschaft und Industrie systematisch denen der Gemeinschaft, der Umwelt oder des Klimas überordnet. Regulatorische Kooperation darf nicht in Handelsverträgen verankert sein.

Für die Kommission hingegen ist sie ein unverzichtbarer Bestandteil einer „neuen Generation“ von Handelsabkommen. Im Kontext der laufenden EU-US-Handelsgespräche wird zudem deutlich, dass diese Form der Zusammenarbeit einer Strategie Vorschub leistet, die im Austausch für Handelserleichterungen europäische Standards preisgibt –

selbst außerhalb der eigentlichen Verhandlungen. Denn mittlerweile redet die Kommission von Kooperation „auf freiwilliger Basis“ und könnte im Schatten der Gespräche klammheimlich wichtige Regeln aufweichen.

■ **Regulatorische Kooperation zementiert Machtungleichgewichte, schadet der Demokratie und ist eine Gefahr für das europäische Allgemeinwohl. Lobbyist:innen dürfen kein Instrument erhalten, das die Interessen von Wirtschaft und Industrie systematisch denen von Bürger:innen, der Umwelt oder des Klimas überordnet.**



WIR FORDERN DESHALB: RAUS DAMIT AUS HANDELSABKOMMEN ODER STRENGE AUFLAGEN!

1. DEMOKRATISCHE KONTROLLE!

Dort, wo regulatorische Kooperation bereits Teil von Verträgen ist, hat die Handelskommission als absolutes Minimum ihre transparente und demokratische Kontrolle zu gewährleisten! Es darf keine Sonderkomitees geben, in denen Bürokrat:innen und Industrieverbände unter Ausschluss der Öffentlichkeit darüber entscheiden, welche Schutzstandards für uns gelten dürfen. Das bedeutet: Umfassende Informationen für Bürgerinnen und Bürger und uneingeschränkte Kontrollrechte für das Parlament!

2. DOMINANZ DER HANDELSPOLITIK AUFBRECHEN!

Die für Verhandlungen zuständige DG Trade darf Verträge, die regulatorische Kooperation beinhalten, nicht unter Ausschluss anderer Ressorts und abgeschnitten von jeder öffentlichen Kontrolle verhandeln. Wenn Vertragsabschnitte Wirkungen über den Handel hinaus haben, wie es in der Regel der Fall ist, muss die Einbeziehung der entsprechenden Kommissionsressorts verpflichtend sein.

3. BETROFFENE EINBINDEN!

Über Gremien zur regulatorischen Kooperation, wie Handelsabkommen sie aktuell festschreiben, können Lobbyist:innen frühzeitig auf Gesetze Einfluss zu nehmen. Diese einseitige Einflussnahme dürfen wir nicht hinnehmen. Die Kommission und die zuständigen Beamt:innen haben alle Interessengruppen einzubeziehen – und nicht nur die Lobbyverbände der mächtigsten Industrien und Konzerne. Keine weiteren Entscheidungen gemäß dem Motto: „Handel und Wirtschaft über alles“!

4. KEINE KOOPERATION OHNE LEGITIMATION!

Es ist absolut inakzeptabel, dass die Kommission europäische Standards unkontrolliert, und ohne dafür Rechenschaft ablegen zu müssen, auf dem Altar des Freihandels opfert. Neuerdings setzt sie sich dafür sogar über die Grenzen ihrer Verhandlungsmandate hinweg, wie jüngst im Fall TTIP 2.0. Wir brauchen neue Regeln für die Kommission und mehr Macht für die gewählten Abgeordneten im Parlament – für echte Demokratie in Europa!



LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

Autor:innen: Laura Große, Max Bank
Layout: Holger M. Müller | April 2020

www.lobbycontrol.de